

Demonstrationen in mehreren Städten angekündigt

Programm der Linken für die nächsten Monate / Selbstverteidigung wird organisiert

ner. Für alle hessischen Universitätsstädte sowie die Städte Wiesbaden, Kassel und Fulda sind heute um 17 Uhr Demonstrationen linksgerichteter Studentengruppen und ihrer Anhänger angekündigt worden. Sie sollen sich gegen das Regime in Griechenland, gegen den Ausnahmezustand in Spanien und die Inhaftierung des Frankfurter Soziologiedoktoranden Krahl richten.

Der Frankfurter AStA-Vorsitzende Hartmann sagte gestern Abend, die Demonstration sei in Frankfurt angemeldet, von der Polizei aber nicht genehmigt worden mit der Begründung, die Vorfälle der letzten Tage hätten gezeigt, daß die Bevölkerung bei solchen Demonstrationen in ihrer freien Bewegung unfreiwillig beeinträchtigt werde. Auf einer Zusammenkunft, zu welcher der AStA die Studenten für heute um 15 Uhr zusammengerufen hat, soll beschlossen werden, ob dennoch demonstriert wird oder nicht.

Nach einem Teach-in gestern im Hörsaal VI nahmen Sprecher des AStA, des SDS und des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD) zu den Vorfällen am Dienstagabend im Zimmer des **Universitäts-Justitiars** Stellung. Während Sprecher der beiden studentischen Hochschulgruppen den Einbruch und das Verbrennen von Akten billigten, bezeichnete Hartmann die Aktenvernichtung als „eine verständliche

Widerstandsaktion empörter Studenten“, betonte dabei aber, daß der AStA auf Grund seiner rechtlichen Stellung die Aktion nicht gutheißen könne.

Der AStA hat, wie Hartmann weiter sagte, gestern den Rektor der Universität, Professor Dr. **Walter Rüegg**, in einem Brief ultimativ aufgefordert, das Vorgehen der Polizei gegen Zeugen in dem Verfahren gegen **Krahl**, „die rechtswidrige Behinderung der Verteidigung und die ungerechtfertigte Verhaftung eines Lehrbeauftragten“ zu verurteilen. Der Rektor wird in dem Schreiben aufgefordert, „als praktische Konsequenz“ von heute, elf Uhr, an mindestens zwei vorlesungsfreie Tage anzusetzen, während derer „das Verhältnis von Justiz und Widerstand gegen den autoritären Staat“ und die Situation an der Universität diskutiert werden können. Die Fachschaft der Juristen hat sich dieser Forderung inzwischen angeschlossen, wie ihr Sprecher hinzufügte.

Als ihre Aufgabe der nächsten Monate bezeichneten es am Abend der AStA, der SDS und der LSD, den Beweis zu erbringen, „daß die Studenten sich durch ihre Aktionen nicht von der übrigen Bevölkerung isoliert haben“. Bis zum Sommersemester und dann verstärkt sollen hauptsächlich drei Ziele verfolgt werden: Intensivierung des

Kampfes gegen eine „autoritäre Hochschulreform“; Kontaktaufnahme zu befreundeten Organisationen und „ansprechbaren Bevölkerungsgruppen“, in der Hauptsache Schüler, Lehrlinge und „die, welche sich unseren letzten Aktionen angeschlossen haben“; die organisatorische Zusammenfassung mobilisierter Gruppen zu „spontanen und phantasievollen Aktionen, die ihre Ziele unabhängig von der Polizei suchen“.

Die neue Strategie formulierte dabei der frühere Zweite Bundesvorsitzende Frank Wolff („Scheibeneinwerfen ist für den SDS kein kriminelles Delikt“) so: Weg von der massiven Konfrontation alten Stils mit der Polizei und damit weg von gewissen masochistischen Zügen dieser Demonstrationsform und hin zu flexiblen Aktionen beweglicher kleiner Gruppen, um polizeilichen Aufwand unwirksam zu machen.

Auf Fragen teilten SDS-Mitglieder mit, daß sowohl im Hinblick auf Versuche, den SDS zu verbieten, als auch in der Absicht, „gezielte Provokationen der Polizei bei Demonstrationen zu verhindern“, daran gedacht sei, die Selbstverteidigung stärker zu organisieren. **Wolff** sagte, es sei nicht daran gedacht, sich etwa zu bewaffnen; es werde den Gruppen und auch den einzelnen überlassen, sich so zu wappnen, daß „eine physische Vernichtung der Bewegung verhindert werden kann“.